

SATZUNG

der Stadt Sankt Augustin über den Anschluss der Grundstücke ihres Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung und über die Benutzung dieser Einrichtung

Beschlossen:	09.10.1972
Bekannt gemacht:	14. und 16.12.1972
In Kraft getreten:	17.12.1972

**Satzung über den Anschluss der Grundstücke
ihres Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung und
über die Benutzung dieser Einrichtung**

<u>INHALTSVERZEICHNIS:</u>	Seite:
§ 1 Allgemeines	2
§ 2 Anschluss und Benutzungsrecht	2
§ 3 Beschränkung des Anschlussrechtes	2
§ 4 Anschlusszwang	3
§ 5 Benutzungszwang	3
§ 6 Befreiung vom Anschluss und Benutzungszwang	4
§ 7 Regelung von Einzelfragen	4
§ 8 In-Kraft-Treten	4

Satzung über den Anschluss der Grundstücke ihres Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung und über die Benutzung dieser Einrichtung

Der Rat der Gemeinde Sankt Augustin hat aufgrund der §§ 4, 18 und 19 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21./28.10.1952 in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.08.1969 (GV NW S. 656/SGV NW 2020) in seiner Sitzung am 09.10.1972 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Allgemeines

1. Die Gemeinde Sankt Augustin lässt die Wasserversorgung in ihrem Gemeindegebiet mit Ausnahme der Ortsteile Sankt Augustin-Birlinghoven und Sankt Augustin-Buisdorf durch die Wasserversorgungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung Sankt Augustin (im folgenden WV GmbH genannt) betreiben.
2. Alleinige Gesellschafter der WV GmbH sind die Gemeinde Sankt Augustin und die Stadt Bonn.

§ 2 Anschluss- und Benutzungsrecht

1. Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Gemeinde Sankt Augustin liegenden Grundstückes ist berechtigt, innerhalb des Bereiches des vorhandenen Wasserrohrnetzes und nach dessen Leistungsfähigkeit den Anschluss seines Grundstückes an die Wasserleitung und die Belieferung mit Trink- und Gebrauchswasser aus der Wasserleitung zu verlangen, sofern die nachfolgenden Bestimmungen nicht entgegenstehen.
2. In besonderen Ausnahmefällen haben das gleiche Recht Mieter des Grundstückes, Pächter, Erbbauberechtigte, Nießbraucher und ähnliche zur Nutzung oder zum Gebrauch des Grundstückes berechtigte Personen.

§ 3 Beschränkung des Anschlussrechtes

1. Die Grundstückseigentümer können die Herstellung einer neuen oder die Änderung einer bestehenden Straßenleitung (Versorgungsleitung) nicht verlangen.
2. Der Anschluss eines Grundstückes an eine bestehende Straßenleitung kann versagt werden, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstückes oder aus sonstigen technischen oder be-

Satzung über den Anschluss der Grundstücke ihres Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung und über die Benutzung dieser Einrichtung

triebswirtschaftlichen Gründen im Einzelfall nicht unerhebliche Schwierigkeiten bereitet oder besondere Maßnahmen erfordert.

3. Der Anschluss kann ferner versagt werden, wenn die Abwässer des zu versorgenden Grundstückes zu einer Gefährdung der Wassergewinnung führen können.

§ 4 Anschlusszwang

1. Die Eigentümer und die ihnen nach § 2 Abs. 2 Gleichgestellten sind verpflichtet, die Grundstücke, auf denen Wasser verbraucht wird, an die öffentliche Wasserleitung anzuschließen, wenn die Grundstücke an eine Straße (Weg, Platz) mit einer betriebsfertigen Straßenleitung grenzen oder ihren unmittelbaren Zugang zu einer solchen Straße durch einen Privatweg haben.
2. Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere dann, wenn ihm eine besondere Hausnummer zugeteilt ist. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude zum dauernden Aufenthalt von Menschen, so ist jedes derartige Gebäude dieses Grundstückes in der Regel besonders anzuschließen.
3. Die Herstellung des Anschlusses muss innerhalb einer Frist von einem Monat, nachdem die Grundstückseigentümer schriftlich oder durch öffentliche Bekanntmachung zum Anschluss an eine Leitung der Wasserversorgung aufgefordert worden sind, beantragt werden. Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss vor der Schlussabnahme des Baues ausgeführt sein.
4. In jedem Stockwerk mit Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen muss wenigstens eine Zapfstelle für Trinkwasser vorhanden sein. Ausnahmen können in begründeten Fällen genehmigt werden.

§ 5 Benutzungszwang

1. Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind, ist der Gesamtbedarf an Trink- und Gebrauchswasser aus der Wasserleitung zu decken.

**Satzung über den Anschluss der Grundstücke
ihres Gebietes an die öffentliche Wasserversorgung und
über die Benutzung dieser Einrichtung**

2. Diese Verpflichtung obliegt sämtlichen Bewohnern der Gebäude. Die Grundstückseigentümer bzw. die ihnen Gleichberechtigten, die Haushaltsvorstände und Leiter der Betriebe haben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung der Vorschriften zu sichern.

§ 6 Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

1. Eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kann auf Antrag für den Fall gewährt werden, dass der Anschluss des Grundstückes an die öffentliche Wasserleitung dem Eigentümer aus besonderen Gründen und unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann.
2. Der Antrag auf Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang ist vom Grundstückseigentümer bzw. dem ihm Gleichgestellten bei der WV GmbH zur Weiterleitung an die Gemeinde schriftlich zu stellen. Über den Antrag entscheidet der Gemeindedirektor.

§ 7 Regelung von Einzelfragen

Die Einzelheiten der Wasserabgabe regelt die WV GmbH durch im Einvernehmen mit der Gemeinde aufzustellende "Allgemeine Wasserversorgungsbedingungen" sowie durch eine Tarifordnung für Wasserabnahme.

§ 8 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Entgegenstehendes Ortsrecht tritt am gleichen Tage außer Kraft.